

STATEMENT

Dipl.-Ing. (FH) Helmut Hubert,
Sprecher der LANDESVEREINIGUNG BAUWIRTSCHAFT BAYERN

– Das bayerische Bau- und Ausbauhandwerk (LVB) –

anlässlich der Herbst-Pressekonferenz der LVB

am Mittwoch, 22. Oktober 2008, in München

(Sperrfrist: Mittwoch, 22. Oktober 2008, 10.30 Uhr)

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren der Wirtschaftsmedien,
liebe Gäste des PresseClubs,
verehrte Damen und Herren unserer Mitgliedsverbände der
Landesvereinigung Bauwirtschaft Bayern!

Ich begrüße Sie herzlich zur Herbst-Pressekonferenz der Landesvereinigung Bauwirtschaft Bayern. Unser Konjunktur-Lagebericht der bayerischen Bau- und Ausbauwirtschaft hat einen festen Platz im Wirtschaftskalender, er ist inzwischen zu einer festen Größe geworden. Ich werde gleich ausführlich auf das Stimmungsbild und die wirtschaftlichen Daten in unserer Branche eingehen. Sie finden den Lagebericht in den Presseunterlagen, wie immer in Form eines Faltblatts. Im Anschluss an meinen Vortrag stehen die Vertreter der Mitgliedsverbände und ich selbstverständlich für Fragen zur Verfügung. Und nach der Pressekonferenz geben wir Ihnen selbstverständlich auch gern Einzelinterviews.

Wir haben wieder sehr repräsentative Ergebnisse: Mehr als 500 Bau- und 1.600 Ausbaubetriebe hatten sich an unserer Konjunktur-Umfrage beteiligt. Dabei haben sich in diesem Herbst die Unterschiede gerade in der Zukunftsbewertung zwischen Bauhaupt- und Ausbauhandwerk so deutlich wie selten zuvor gezeigt.

Beginnen wir aber zunächst mit der Einschätzung der Konjunktorentwicklung in den vergangenen Monaten.

Die Geschäftslage hat sich im Ausbau- und Bauhauptgewerbe in den Sommermonaten saisonüblich überwiegend zufriedenstellend entwickelt. 17% der befragten Ausbaubetriebe und 26% der Baubetriebe verzeichneten schlechtere Werte. Damit werden die aktuelle Geschäftslage und die Entwicklung in den vergangenen sechs Monaten etwas schlechter als vor einem Jahr eingeschätzt.

Viel unterschiedlicher zeigten sich die **Umsätze** in den Sommermonaten. Im Bauhauptgewerbe mussten über 35% der Betriebe während der Bausaison mit sinkenden Umsätzen zurechtkommen. Vor einem Jahr waren dies nur 30%. Im Ausbaugewerbe war dagegen die große Mehrheit der Betriebe zufrieden. Nur knapp jeder fünfte Betrieb klagt über gesunkene Umsätze – das ist also ähnlich der Lage vor einem Jahr.

Meine Damen und Herren,

unsere mittelständischen Betriebe können nur überleben, wenn sie Gewinne erzielen – nur damit können wir Investitionen tätigen und das hohe Ausbildungsniveau halten, auf das ich später noch zu sprechen komme. Um die Gewinnlage sieht es schlechter aus: Zum ersten Mal seit dem Frühjahr 2006 schätzten wieder mehr als die Hälfte der Baubetriebe ihre **Ertragslage** als schlecht oder verschlechtert ein. Nicht einmal 7% der Unternehmen konnten ihre Ertragslage verbessern. Das liegt in erster Linie daran, dass wir mit explodierenden Baustoff- und Energiekosten konfrontiert sind, aber diese Kosten wegen der angespannten Marktsituation nur zu einem sehr kleinen Teil an unsere Kunden weitergeben können. So stiegen beispielsweise die Rohbaupreise in diesem Sommer im Vorjahresvergleich nur um gut 3% – kein Vergleich mit dem Anstieg der Energie- und Baustoffkosten!

Auch in diesem Punkt ergibt sich in unserer Branche ein differenziertes Bild, denn im Ausbauhandwerk haben sich zwar die Kosten der Betriebe ganz ähnlich verteuert, aber der Preisdruck ist nicht ganz so stark. Wie im Frühjahr sind rund 80% der Betriebe mit ihrer Ertragssituation im Großen und Ganzen zufrieden.

Wir hören in diesen Wochen aus der Industrie von einem regelrechten Auftragseinbruch – wie sieht das bei uns im Bau- und Ausbauhandwerk aus? Bei 38% der Baubetriebe ist der **Auftragsbestand** gesunken. Immerhin 24% der Unternehmen haben aber vollere Auftragsbücher. Das ist eine durchaus saisontypische Entwicklung am Bau.

Blicken wir nun noch auf das Ausbauhandwerk. Hier ging bei 23% der Betriebe der Auftragsbestand zurück. Wie im Herbst vergangenen Jahres konnten über 30% der Firmen ihren Auftragsbestand steigern.

Bei den Auftragsbeständen gibt es dagegen kaum Unterschiede zwischen dem Bau und dem Ausbau. Unsere Betriebe haben ein Auftragspolster von knapp sieben Wochen.

Es ist klar, dass sich unsere Branche nicht den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen entziehen kann. Die weltweite Finanzkrise hat tiefe Spuren hinterlassen. Dramatisch scheint der Zusammenbruch großer Banken und Hypothekenfinanzierer. Da tritt der Staat dann mit Milliarden spritzen ein, die wir alle zahlen – die Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Die langfristigen wirtschaftlichen Auswirkungen wird auch unsere Branche spüren. Und die sind ja derzeit alles andere als positiv einzuschätzen. Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung sieht Deutschland am Rande einer Rezession. Das entsprechende Stimmungsbarometer sank im Oktober im Vergleich zum Vormonat um fast 22 Punkte auf jetzt minus 63 ! Die Verwerfungen auf den Finanzmärkten hätten die Perspektiven für die konjunkturelle Entwicklung spürbar verschlechtert. Und das heißt auch, dass die Krise auf den Finanzmärkten auf die Realwirtschaft überzuschwappen droht.

Was bedeutet das für uns? Es ist damit zu rechnen, dass im kommenden Jahr der Gewerbebau, der in den vergangenen beiden Jahren eine tragende Säule der Baukonjunktur war, schrumpfen wird. Auch private Bauherren werden sich zumindest kurzfristig wohl spürbar zurückhalten. Ob die Immobilie von einem sich ändernden Anlegerverhalten profitieren kann, wird sich zeigen. Eigentlich kann man aber gerade jetzt jedem Anleger nur raten, in bayerische Immobilien zu investieren. Hier ist sein Geld sicher und zumindest mittel- und langfristig auch rentabel angelegt. Gleichwohl erwarten wir aufgrund der Verunsicherung gerade der privaten Anleger aber eher negative Einflüsse auf den ohnehin darniederliegenden Wohnungsneubau. Beim öffentlichen Bau spüren wir bereits jetzt – nach einer leichten Aufwärtsentwicklung in den vergangenen beiden Jahren – einen Rückgang bei den ausgeschriebenen Projekten. Viel wird bei der Öffentlichen Hand davon abhängen, wie stark die Staatskassen durch die Finanzmarktkrise in den kommenden Monaten tatsächlich belastet werden.

Noch ein Wort zu dem vor wenigen Tagen beschlossenen milliardenschweren Stabilisierungspaket für die Finanzmärkte: Dieses Paket muss nachprüfbar dazu führen, dass es bei der Kreditvergabe an mittelständische Unternehmen zu einer Entspannung kommt. Wir gehen sogar noch einen Schritt weiter: Es ist höchste Zeit, dass die Kreditinstitute ihre Geschäftspolitik der vergangenen Jahre überdenken und sich künftig wieder stärker auf die Zusammenarbeit mit soliden mittelständischen Unternehmen besinnen. Diese Unternehmen verkörpern und schaffen reale Werte. Vielleicht werden sogar Kredite günstiger, anstatt teurer, wenn die Banken erkennen, dass Kredite für das Handwerk eine sichere und zugleich lukrative Anlageform darstellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

der Arbeitsmarkt in Bayern ist sehr robust, im Wirtschaftsministerium spricht man von nahezu Vollbeschäftigung in weiten Teilen des Freistaates. Ich muss es immer wieder deutlich sagen: Es sind nicht die Großkonzerne, die für die gute **Beschäftigung** sorgen, es ist der Mittelstand, auch unser Bau- und Ausbauhandwerk. Trotz schlechterer Rahmenbedingungen, auf die ich noch zu sprechen komme, ist die absolute Beschäftigtenzahl mit durchschnittlich 125.000 im Bauhauptgewerbe und über 200.000 Menschen im Ausbaugewerbe unverändert geblieben. 12% der Bau- und 17% der Ausbaubetriebe haben sogar zusätzliches Personal aufgebaut.

Wir können nur hoffen, dass die Betriebe diesen Personalstamm auch durch die schwierigen Zeiten tragen können. Denn auch das kürzlich vorgestellte Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute macht wenig Mut. Dort hat man die Wachstumsprognose für das kommende Jahr von 1,4% auf 0,2% gesenkt. Die Wirtschaftsweisen malen auch ein düsteres Bild von der Beschäftigung: Die Arbeitslosenquote könnte auf 8,3% steigen, fast 400.000 Jobs würden in Deutschland im nächsten Jahr verloren gehen, so das negative Szenario.

Und auch beim Thema **Ausbildung** zeigen die Betriebe ihre soziale Verantwortung. 90% der Ausbau- und 79% der Baubetriebe bilden in unverändert hohem oder höherem Umfang aus. Dies hängt natürlich auch mit dem hohen Fachkräftebedarf der Branche zusammen. Viele Betriebe würden noch mehr ausbilden – leider hemmt aber die mangelnde Ausbildungsreife vieler Bewerber die Einstellung neuer Lehrlinge.

Insgesamt aber haben ordentlich qualifizierte Schulabgänger derzeit sehr gute Perspektiven: Denn erstmals seit sieben Jahren gibt es deutschlandweit mehr unbesetzte Lehrstellen als unversorgte Bewerber. Die Ausbildungsbilanz der Bundesregierung hatte das ja vorige Woche deutlich gemacht.

Meine Damen und Herren,

quer durch alle Befragungen von ifo bis DIW war auch vor den turbulenten Finanzwochen im Oktober eines deutlich: Die Konjunktur schaltet mehrere Gänge zurück, sie könnte zum Stillstand kommen. Auch das bayerische Bau- und Ausbaugewerbe kann sich den pessimistischen gesamtwirtschaftlichen **Konjunkturerwartungen** nicht entziehen. Unsere Branche ist so skeptisch wie seit Jahren nicht mehr. Allerdings bestehen auch hier deutliche Unterschiede. Während – nur – rund ein Drittel der Betriebe des Ausbaugewerbes von einer Verschlechterung von Geschäftslage, Umsatzentwicklung und Ertragslage ausgeht, ist das Bauhauptgewerbe deutlich pessimistischer. Denn hier erwartet jeder zweite Betrieb für die kommenden Monate eine Verschlechterung der Umsatzentwicklung.

Über 60% der Betriebe rechnen damit, dass sich ihre Ertragslage weiter verschlechtert. Das ist ein deutliches Alarmsignal, viel lauter als in den Vorjahren.

Trotzdem wollen zwei Drittel der Baubetriebe und fast 80% der Ausbaubetriebe keine Mitarbeiter entlassen. Die überwältigende Mehrzahl der Betriebe will auch die hohe Ausbildungsleistung beibehalten. Hier zeigt sich, dass die Betriebe erkannt haben, dass die nach den Jahren des Beschäftigungsabbaus verbliebenen qualifizierten Fachkräfte ein teures Gut sind, das auf dem Markt nur schwer wiederzubeschaffen ist.

In unseren Konjunkturerhebungen befragen wir die Betriebe immer auch nach ihren **Kernproblemen**.

An der Spitze der Nennungen steht auch diesmal wieder der starke Preisdruck. Auch der Auftragsmangel, vor allem im Hochbau, wird am häufigsten aufgeführt. Und wie eben angesprochen: Die explodierenden Material- und Energiekosten sind eine enorme Belastung. Die große Mehrheit der Betriebe sagt uns, dass diese Energiekosten die Gewinne auffressen und sogar zum Teil die Existenz bedrohen. An den hohen Lohnnebenkosten und Sozialab-

gaben hat sich leider nichts geändert und auch die Zahlungsmoral ist eher schlechter als besser geworden. Genauso zählt die grassierende Schwarzarbeit zu einem der Kernprobleme der Branche.

Was also kann getan werden, damit die Baukonjunktur wieder an Fahrt gewinnt – was sind unsere **Hauptforderungen?**

Wir brauchen dringend einen **höheren Steuerbonus** auch für Privathaushalte als Auftraggeber für Handwerksleistungen. Derzeit gibt es einen Bonus von 20% bei maximal 3.000 Euro Arbeitskosten. Das wären also bis zu 600 Euro im Jahr. Wir brauchen hier eine Erhöhung, um die Schwarzarbeit wirkungsvoll einzudämmen. Das rechnet sich unterm Strich auch. Wir sind deshalb sehr enttäuscht darüber, dass die Bundesregierung so wenig tut, um die Konjunktur am Bau zu stützen. Völlig unverständlich ist mir, dass das Bundeskabinett kürzlich zwar für haushaltsnahe Dienstleistungen weitere steuerliche Erleichterungen beschlossen hat, aber Handwerkerleistungen ausdrücklich von diesen Erleichterungen ausgenommen hat. Die geplante Nichteinbeziehung von Handwerkerleistungen in das verbesserte Fördervolumen für haushaltsnahe Dienstleistungen ist völlig inakzeptabel. Ich frage mich, ob man hier wissentlich die Schwarzarbeit weiter fördern will und Handwerksbetriebe kaputt machen will. Denn die sehr positiven volkswirtschaftlichen Auswirkungen der schon bestehenden kleinen Steuererleichterung haben sich doch bereits nach kurzer Zeit erwiesen!

Alle steuerlichen Erleichterungen, die sehr arbeitsintensive Dienstleistungen betreffen, kommen direkt beim Bürger und den mittelständischen Betrieben an. Wir fordern deshalb auch endlich in Deutschland einen **reduzierten Mehrwertsteuersatz** für arbeitsintensive Dienstleistungen in der Bau- und Ausbauwirtschaft einzuführen. Die jüngste Initiative der EU-Kommission muss endlich auch von der Bundesregierung unterstützt werden. Diese Initiative stützt sich auf ein Gutachten, das beweist, dass in den Ländern mit ermäßigtem Steuersatz für bestimmte Bauleistungen positive wirtschafts- und sozialpolitische Impulse deutlich messbar sind. In dieser kritischen Wirtschaftsphase, in der niemand weiß, wie tief der Fall noch sein wird, müssen alle Planungen, die zu mehr Belastungen für die Wirtschaft und die Bürger führen, auf den Prüfstand. Es darf jetzt keine weiteren Belastungen geben. Wir brauchen eine Art Moratorium – das heißt, alle Gesetze, die in diese Richtung gehen, müssen gestoppt oder überarbeitet werden. Der Staat nimmt durch höhere Einkommen Milliardenbeträge zusätzlich ein – in diesem Jahr hat das dem Finanzminister bereits zusätzlich 4,3 Milliarden Euro eingebracht. Dieses Geld ist im Solidarpakt gar nicht vorgesehen. Diese Selbstbedienung des Staates muss gestoppt werden. Deshalb plädieren wir mit Nachdruck für eine Reduzierung des Solidaritätszuschlags. Der Zentralverband des Deutschen Handwerks schlägt hier in einem ersten Schritt eine Absenkung von 5,5% auf 3,3% vor. Das begrüßen wir.

Das Bau- und Ausbauhandwerk braucht klar geregelte und auch für EU-Ausländer geltende **Berufszugangsvoraussetzungen**. Dies dient der Erhaltung einer kontinuierlichen Aus- und Weiterbildung, einem hohen qualitativen Niveau der Handwerkerleistungen und einem fairen Wettbewerb.

Meine Damen und Herren,

das Grundübel im Bauhauptgewerbe ist der am Boden liegende Wohnungsneubau. Nach dem Wegfall der Eigenheimzulage ist zwar nun endlich mit der **Riester-Förderung** ein wichtiges Signal gesetzt worden - doch Riester greift zu kurz. Wir brauchen deutlichere Impulse. Nur so können wir den Wohnungsbau ankurbeln. Die Bundesvereinigung des deutschen Bau- und Ausbaugewerbes hat vor wenigen Wochen ein Modell ins Gespräch gebracht, das auf dem mit der Riester-Förderung eingeschlagenen Weg der nachgelagerten Besteuerung ein deutliches Stück weitergeht. Wir erwarten, dass die Politik die Diskussion hierüber aufgreift.

Sozialversicherungsbeiträge von knapp 40% sind für das Bau- und Ausbaugewerbe zu hoch. Sie müssen insgesamt und dauerhaft auf deutlich unter 35% reduziert werden. Nur so kann im immer härteren Wettbewerb Beschäftigung erhalten und aufgebaut werden. Wir brauchen endlich eine wirkliche Entlastung des Mittelstands. Wir brauchen nicht nur Worte, wir brauchen Taten. Und da sage ich nur ein Stichwort: „**Kalte Steuerprogression**“. Da dieser Steuereffekt bei niedrigen und mittleren Einkommen besonders stark ausgeprägt ist, bleibt den Arbeitnehmern von steigenden Einkommen nicht mehr viel übrig – das wiederum schwächt die Nachfrage, auch nach Leistungen im Bau- und Ausbauhandwerk.

Lassen Sie mich noch zwei Sätze zum Thema **Energiesparen** sagen: Wir begrüßen das entsprechende Wachstumspaket der Bundesregierung zur Gebäudesanierung. Wir vermischen aber Anreize für Privathaushalte, die den bürokratischen Weg über die Kreditkostenfinanzierung oder Zuschussregelung nicht gehen wollen. Wir schlagen hier eine Energiesparprämie vor – das heißt: Über fünf Jahre hinweg könnten dann 25 % von maximal 20.000 Euro Investitionssumme abgeschrieben werden. Das schafft nicht nur für das Bau- und Ausbauhandwerk mehr Aufträge, sondern leistet auch einen Beitrag zum Klimaschutz.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Ich freue mich auf Ihre Fragen – und natürlich stehen auch alle Vertreter unserer Verbände Rede und Antwort.